Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 226. Sonnabend, 27. September 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Eine Milliarde Fehlbetrag im Reichshaushalt?

* Berlin. Man erwartet in unterrichteten Kreisen, daß heute Sonnabend anläßlich der Bekanntgabe des Sanierungsprogramms der Reichsregierung auch genaue Mitteilungen über den zu erwartenden Fehlbetrag im Reichshaushalt gemacht werden. **Die Ziffern, die zur Zeit in den Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, genannt werden, belaufen sich auf etwa 1 Milliarde Mark.**

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin. (Funkspruch.) Das Reichskabinett hat heute nacht bis gegen 1 Uhr getagt. Es ist heute vormittag bereits wieder zusammengetreten. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Beratungen über das sachliche Programm so, wie es vorgesehen war, heute zu Ende geführt werden können. Dagegen scheint es jetzt keineswegs mehr sicher, daß die Veröffentlichung des Programms noch heute erfolgt. Vielmehr wird darauf hingewiesen, daß die reformmäßige Durcharbeitung der Einzelheiten und die Formulierung auch eine gewisse Zeit beanspruchen. Deshalb sei es durchaus möglich, daß die Veröffentlichung noch auf Montag verschoben werden muß.

Noch immer Unklarheiten.

qu. Die politische und parlamentarische Lage ist heute noch genau so unklar, wie nach den Wahlen. Die bisher geführte Diskussion hat eine Klärung nach keiner Seite gebracht und soweit Verhandlungen stattfanden, sind sie ohne Ergebnis nur als lose Fühlungnahme anzusehen. Es ist daher erforderlich, weil zu viele Meldungen und Gerüchte durcheinanderlaufen, eine objektive Uebersicht zu geben, um wenigstens ein einigermaßen übersichtliches Bild zu besitzen, für den Fall, daß die offiziellen Koalitionsverhandlungen beginnen sollten.

Es wurde sofort nach der Wahl festgestellt, nur zwei Möglichkeiten gebe es für die Regierung: Eine Mehrheit der Mitte mit den Sozialdemokraten oder eine Mehrheit mit den Nationalsozialisten. Noch heute streitet man sich nun, welche Mehrheit in Frage kommt. Die Regierung will, die Koalitionsfrage erst dann anschneiden, wenn sie ein festgefügtes Programm vorlegen kann, auf das sich die Parteien verpflichten sollen. Aber die Hauptfrage bleibt die, wie sich die Mittelparteien schließlich gruppieren. Ob sie den Sozialdemokraten oder den Nationalsozialisten größeres Vertrauen schenken. Man hörte aus den Mittelparteien täglich neue Auffassungen. Von den Nationalsozialisten kam der zarte Wink, mit ihnen wegen einer Mehrheitsbildung zu verhandeln, denn sie würden eine Politik der Vernunft treiben und die Verfassung respektieren. Indessen machten die Reden und Zeitungsäußerungen, die neben dieser offiziellen Kundgebung kamen, die Regierung und die Mittelparteien doch bedenklich. Man traut der Hitler-Partei nicht so recht. Obzwar bei einigen Parteien, so den Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und einem kleinen Teil der Deutschen Volkspartei die Neigung besteht, mit den Nationalsozialisten zu verhandeln, wenigstens um den Versuch zu machen, ob sie mitarbeiten wollen. Im übrigen hört man jetzt auch aus anderen Parteien die Anregung, es wäre vielleicht ganz richtig, das Experiment mit den Nationalsozialisten zu machen, wenn nicht anders, so wenigstens um von ihnen zu hören, wie sie sich die Aufgaben der Regierung und der Reichstagsmehrheit denken. Das heißt mit anderen Worten, um sie auf die Probe zu stellen. Heute geht denn auch das Gerücht, der Reichskanzler neige dazu, in der nächsten Woche mit Hitler und Göbbels eine Besprechung einzuleiten. Ob sich das Gerücht bewahrheitet, muß sich erst zeigen. Denn letzten Endes ist doch zu befürchten, das Experiment schon einer Annäherung könnte für die deutsche Wirtschaft schlecht ausschlagen. Die vielen Gerüchte, die über die Absichten der Nationalsozialisten umliefen, gaben ja bereits Ursache zu schweren wirtschaftspolitischen Einwirkungen.

Auf der anderen Seite haben die Sozialdemokraten sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Ihrer Mitarbeit steht eigentlich nichts im Wege als von vornherein das Regierungsprogramm, das, soweit es bekannt geworden ist, Forderungen aufstellt, die nicht von den Sozialdemokraten angenommen werden. Kapriziert sich die Regierung darauf, daß die mitarbeitenden Parteien das Programm ohne Aenderung gutheißen und vertreten, so ist der Zutritt der Sozialdemokraten ganz unmöglich. Schon deshalb würde die Regierung den Sozialdemokraten wenig Konzessionen machen können, weil inzwischen auch ein Beschluß der Deutschen Volkspartei vorliegt, der jedes sozialistische Experiment ablehnt. Dieser Beschluß wird dahin gedeutet, er könne gegen die Nationalsozialisten wie gegen die Sozialdemokraten gelten. Aber unstreitig bleibt doch, daß die Fraktion zunächst eine Abneigung gegen die Sozialdemokraten zeigen wollte. Klar erscheint von allen Mittelparteien bisher nur die Haltung des Zentrums, das jedes Paktieren mit den Nationalsozialisten ablehnt. Hätten sich die anderen Parteien so klar nach einer oder der anderen Seite entschieden, so gäbe es heute keine Zweifel mehr. Die Zurückhaltung aber und die Zweideutigkeit gibt uns weiter Rätsel auf, die, wie man erkennen wird, auch durch eine Klarstellung der augenblicklichen Stimmung nicht gelöst werden können.

Die Abrüstungsfrage in Genf.

Abrüstungskonferenz 1931.

Genf, 27. September.

Der Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung nahm gestern die von dem Vertreter Guatemalas eingebrachte Entschließung auf möglichst baldige Einberufung der Allgemeinen Abrüstungskonferenz an. **Dem Wunsche der deutschen Delegation nach Festsetzung eines Datums wurde dadurch entsprochen, daß in dem Bericht der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Abrüstungskonferenz im Laufe des Jahres 1931 zusammentritt.**

Der französische Delegierte, Unterstaatssekretär Hérand, erklärte, er wolle nicht nach dem Vorbild der deutschen und englischen Delegierten die allgemeine Frage der Abrüstung erörtern. Erst bei Einberufung der Abrüstungskonferenz könnten diese allgemeinen Gesichtspunkte mit Nutzen erörtert werden, und zwar in Verbindung mit der dann bestehenden politischen Lage. Die Verhandlungen einzelner Regierungen — gemeint sind die französisch-italienischen Verhandlungen — dürften den Abschluß der Arbeiten des Vorbereitungsausschusses nicht aufhalten, und wenn technische Schwierigkeiten diese Verhandlungen auch verzögern könnten, so habe die französische Regierung doch den Willen, sie im Geiste der vorgelegten Resolution fortzusetzen. Sie sei der Ueberzeugung, daß der gemeinsame Wunsch nach erfolgreichem Abschluß auch allerseits eine befriedigende Lösung ermöglichen werde. Man müsse vertrauensvoll an einer allgemeinen Entwicklung arbeiten, von der eines Tages die Sicherheit und die Abrüstung der Welt abhängen könnte.

Nach einer Debatte, in der sich die Vertreter Oesterreichs, Italiens, Japans und Schwedens mit gewissen Vorbehalten für die vorgelegte Entschließung aussprachen, erklärte Graf Bernstorff, die deutsche Delegation würde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten müssen, wenn in der Entschließung nicht das Datum der allgemeinen Abrüstungskonferenz bezeichnet werde. Seit drei Jahren beschließe die Völkerbundsversammlung, daß sobald als möglich eine Abrüstungskonferenz einberufen werden solle, und man könne nicht ohne nähere Angaben zum vierten Male sagen, daß man diese Einberufung sobald als möglich herbeiführen wolle. Wenn sich verschiedene Delegierte über die deutsche Kritik an der Arbeit des Vorbereitungsausschusses gewundert hätten, so müsse er sagen, daß Kritik am Völkerbund kein Majestätsverbrechen sei. Uebe der Völkerbund nicht selbst Kritik an sich, so werde die Welt draußen um so schärfer kritisieren. Jedermann sei dafür, daß die Konferenz nächstes Jahr abgehalten werden müsse; warum solle es nicht zum Ausdruck gebracht werden?

Der deutsche Antrag, in der Entschließung zu sagen, die Abrüstungskonferenz solle im Jahre 1931 sobald als möglich stattfinden, wurde von Oesterreich, Italien, Ungarn, China, den Niederlanden und Paraguay unterstützt. Die erwähnte vermittelnde Lösung, die auf einem Vorschlage des norwegischen Delegierten Lange beruhte, wurde darnach einstimmig angenommen.

Dr. Curtius bleibt in Genf

Genf, 27. September.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, heute nach Baden reisen, sondern bis zur Beendigung der Völkerbundsversammlung in Genf bleiben.

Der englische Außenminister Henderson ist gestern abend abgereist, um rechtzeitig zu der letzten Vorbereitung der Reichskonferenz in London einzutreffen. Henderson hatte im Laufe des Nachmittags mit dem deutschen Außenminister Dr. Curtius eine Unterredung, in der von aktuellen Völkerbundsfragen u. a. auch die Frage der Reorganisation des Völkerbundssekretariates besprochen worden sein dürfte.

Wirtschaftspartei gegen Sozialdemokratie

Berlin, 27. September.

Die neue Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt gestern ihre erste Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Im Anschlusse daran trat der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei zu einer Sitzung zusammen. **Die Auffassung der Reichstagsfraktion, sich an einer Regierung, auf die die Sozialdemokratie direkten oder indirekten Einfluß nimmt, weder aktiv noch bindend zu beteiligen, fand die einmütige Billigung und Zustimmung des Reichsausschusses.** Das Verbleiben der Wirtschaftspartei in der bestehenden oder ihre Mitwirkung an einer neu zu bildenden Regierung wird die Partei ausschließlich davon abhängig machen, ob die von ihr im Interesse der Wiedergesundung von Wirtschaft und Volk zu stellenden Forderungen berücksichtigt werden. Von ausschlaggebender Bedeutung für die endgültige Entscheidung der Wirtschaftspartei wird die Tatsache sein, ob sich aus dem Gesamtprogramm der Regierung der unerschütterliche Wille erkennen lasse, daß mit der sozialistischen Wirtschafts-, Finanz- und Kulturpolitik ein Ende gemacht wird. In den der Regierung zu überreichenden Forderungen wird auch eine Aenderung der Außenpolitik mit dem Ziel der Revision des Young-Planes und des Versailler Vertrages verlangt werden.

Neue Etatsarbeiten.

qu. Berlin. Wie wir erfahren muß der Etat für 1931, der bereits abgeschlossen vorlag, nunmehr nach dem neuen Reformprogramm der Regierung **noch einmal beträchtliche Aenderungen erfahren** und deshalb sind neue Bearbeitungen durch die einzelnen Ressorts notwendig geworden. Sie können aber erst beginnen, wenn die Regierung ihr Reformprogramm abgeschlossen hat. In diesem Programm eingesetzte Neueinnahmen und Ausgabebeschränkungen sollen im nächsten Etat bereits verankert sein. Fest steht allein die Tatsache, daß der Etat für 1931 um etwa eine Milliarde niedriger liegen wird als der letzte Etat.

Polnische Gewaltprobe in Oberschlesien.

Die von Kennern der Verhältnisse vorausgesagte **Auflösung des schlesischen Sejm und Verhaftung des polnischen Oppositionsführers Korfanty** ist am Freitag morgen Tatsache geworden. Bereits seit einigen Wochen waren Teile der Kattowitzer Polizei, die mit Korfanty sympathisierten, durch Verstärkungen aus Galizien abgelöst worden mit dem Erfolg, daß schon kurz nach ihrem Eintreffen bei einer Protestversammlung der Korfantyisten scharf geschossen wurde. Damals schützte nur seine Immunität als Abgeordneter des schlesischen Sejm Korfanty vor der Verhaftung. Die Auflösung des Sejm besiegelte auch sein Schicksal. Bereits in den Morgenstunden war seine Villa von einem starken Polizeiaufgebot umzingelt. Kurz darauf wurde er mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Mit weiteren Verhaftungen muß stündlich gerechnet werden.

Durch Korfantys Verhaftung hat sich die Lage in Ostoberschlesien außerordentlich zugespitzt. Der alte Aufständischenführer besitzt bis weit in deutsche Wählerkreise hinein größte Sympathie. Er ist der Vorkämpfer des oberschlesischen Selbstbestimmungsgedankens gegenüber der galizischen und kongreßpolnischen Invasion. Da seine Anhänger in organisierten Verbänden zusammengefaßt sind, sind schwere Unruhen durchaus möglich. Jedenfalls dürfte auch die schärfste Polizeidiktatur sein Ansehen bei der oberschlesischen Bevölkerung nicht herabmindern.

Völlig ungewiß ist im gegenwärtigen Augenblick das Schicksal der deutschen Minderheit. Sie muß auf Ausschreitungen polnischer Chauvinisten gefaßt sein. Daß eine systematische Hetze gegen sie betrieben wird, beweist der nächtliche Ueberfall auf das Verlagsgebäude der „Kattowitzer Zeitung", bei dem genau wie in Prag der Polizeischutz viel zu spät zur Stelle war. Ob auch deutsche Abgeordnete verhaftet werden sollen, steht bisher noch nicht fest. Der größte Teil von ihnen befindet sich außerhalb Polens auf Urlaubsreisen. Es ist durchaus möglich, daß die polnische Polizei nur ihre Rückkehr abwartet, um bereits vorliegende Haftbefehle gegen sie zu vollstrecken.

Hartes Eingreifen der Prager Gendarmerie

Prag, 27. September.

Gendarmerieabteilungen mit aufgepflanztem Bajonett, die von auswärts nach der Hauptstadt zusammengezogen sind, gingen gestern abend gegen Zusammenrottungen vor und zerstreuten sie rasch. Der Wenzelsplatz wurde mehrmals im Sturm geräumt. Mehrere Personen wurden verletzt und 23 festgenommen. Allgemein fiel auf, daß die Gendarmerie mindestens wirksamer eingriff als am Vortage die Polizei, deren Versagen Gegenstand des gestrigen Ministerrates war, in dem auch die Absetzung des Polizeipräsidenten in Erwägung gezogen wurde. Ministerpräsident Udržal sagte den beiden deutschen Ministern rücksichtslose Unterdrückung weiterer etwa geplanter deutschfeindlicher Ausschreitungen zu.

Die nationaldemokratische Narodni Listy schrieb gestern abend, man werde sich vergeblich bemühen, das erwachte tschechische Nationalbewußtsein zu dämpfen und die Welle des deutschfeindlichen Nationalismus zu hemmen. — Die Presse der Gruppe Stribrny fordert Neuwahlen. Auf einer Versammlung dieser Gruppe wurde die Parole ausgegeben, zur deutschen Gesandtschaft zu ziehen, um dort zu demonstrieren.